

besonders sind, in eingehenden Aussprache besprochen und schließlich beschlossen worden. Vor allem darf ich wohl sagen, daß bei Besprechung der Kriegslage der allgemeine Eindruck war, daß sie als allseitig befriedigend und hoffnungsvoll bezeichnet werden kann. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Ausschuss besprach die Lage der Dinge im feindlichen Ausland und würdigte eingehend die Entwicklung der Politik gegenüber Rumänien. Dabei behandelte er auch Bedeutung, Haltung und Tätigkeit unserer Diplomatie vor dem Weltkriege und während des Weltkrieges bis zum Ausbruch des Krieges mit Rumänien. Eingehend wurde dabei die auf Lösung der politischen Politik des Reichspräsidenten, des Reichstages und der Reichsregierung gerichtete Tätigkeit während des Weltkrieges und vor dem Kriegsausbruch mit Rumänien abgehandelt, die in der Lage waren, und endlich die politischen Ereignisse und Faktoren, die zum Krieg mit Rumänien geführt haben.

Weiterhin wurden die Beziehungen des Deutschen Reiches zu den neutralen Staaten und die Lage der Dinge in ihnen besprochen, vor allem in Griechenland, das sich ja heute in schwerster Krise befindet. Alle die Erdölversorgungsmöglichkeiten, die von der Entente, vor allem von England, gegenüber dem neutralen Staaten, in erster Reihe wieder Griechenland, angeboten werden, wurden eingehend erörtert. Die beabsichtigte Haltung des Königs von Griechenland, der sich gegen die Neutralität unserer Feinde wendet und damit ist, die Neutralität Griechenlands auch unter den schwierigsten Verhältnissen aufrechtzuerhalten, fand volle sympathische Würdigung im Ausschuss. (Lebhafte Beifall.) Es ist in der Tat ein bewundernswürdiger Widerstand, gegen eine so starke Uebermacht und gegen alle diese Freibeute, die in ihren Endzwecken dahin abzielen, nicht nur die Monarchie zu erschüttern, sondern auch eine vollständige Anarchie im Lande herbeizuführen. (Sehr richtig!) Die Gründe, die zu einer Ueberführung eines griechischen Monarchen nach Genua geführt haben, wurden besprochen. Auch hierüber sind die nötigen Aufklärungen von den beteiligten Regierungen und ihren Vertretern gegeben worden.

In eingehenden sorgfältigen Beratungen hat sich der Reichsausschuss auch mit der Frage der Kriegsmittelbeschaffung beschäftigt, die uns zur Verfügung stehen. Bei der Behandlung, die den Unterabteilungen zugefallen, mußte naturgemäß auch die Frage des Unterseebootkrieges im Ausschuss im Vordergrund stehen, wo sie zu den eingehenden Verhandlungen Veranlassung gegeben hat. Angesichts der Wichtigkeit dieser Frage hat der Ausschuss den mündlichen Bericht über die Frage des Unterseebootkrieges an das Plenum des Reichstages im Wortlaut festgestellt. Ich darf diese Feststellung verlesen.

In eingehenden Beratungen hat sich der Ausschuss mit der Frage des Unterseebootkrieges beschäftigt. Mitglieder aller Fraktionen und die Vertreter der beteiligten Regierungen haben sich daran beteiligt. Alle maritimen, militärischen, wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkte wurden gründlich geprüft und erwogen. Die Ausführungen standen unter dem Eindruck der hohen Bedeutung der Angelegenheit und waren allseitig getragen von rein sachlichen Erwägungen und dem Bestreben, den vaterländischen Interessen zu dienen. Eine Einigung war im Ausschuss nicht zu erzielen. Er verzichtete auf eine Beschlusfassung. Für die Verhandlung im Reichstag empfiehlt der Ausschuss, von einer Beschlusfassung des Unterseebootkrieges abzusehen. Dies geschieht in der Erwägung, daß eine eingehende Verhandlung der maritimen, militärischen, wirtschaftlichen und politischen Einzelheiten ohne Beschädigung der vaterländischen Interessen nicht möglich ist, daß andererseits aber eine erscheinende Behandlung der Sache eine volle Aufklärung nicht erzielt werden kann.

Diese Empfehlung für die Art der Behandlung erfolgte im Wege der Abstimmung mit 24 gegen 4 Stimmen. (Lebhafte Beifall.)

Bei seinen Beratungen war der Ausschuss erfüllt von dem Gefühl der Bewunderung und der Dankbarkeit für unser Heer und unsere Flotte (Beifall), von der Anerkennung ihrer hervorragenden Leistung errungenen Erfolge. Er steht der Weiterentwicklung der kriegerischen Ereignisse auf allen Kriegsschauplätzen mit vollem Vertrauen entgegen. (Beifall.) Das Ergebnis der neuesten Kriegsanalyse hat erneut die Festigkeit der Kriegsverufst unseres Volkes erneuert. Wehrmacht und Volk stehen in dem uns aufzubringenden Verteidigungskrieg in geschlossener Einigkeit zusammen. (Lebhafte Beifall.)

Hr. Dr. Spahn (Zentr.): Ich komme dem Vordränger darin vollkommen zu. Wir schließen uns der Anerkennung des Herrn Reichskanzlers für die Tapferkeit unserer Truppen an, die sowohl im Osten wie an der Somme sich täglich aufs Neue bewährt. (Beifall.) Das Wirtschaftswesen trägt für uns keine besonderen Gefahren, das hat wieder die Zeichnung der letzten Kriegsanalyse gezeigt. Aus der Auszubereitungen möchte ich noch hervorheben, daß uns dargelegt worden ist, daß uns ausreichender Ersatz für die Ergänzung unseres Bedarfs an Rohstoffen, Waffen und Munition voll zur Verfügung steht. (Beifall.) Die Anforderungen, die wir uns in der Lebensmittelfrage auferlegen müssen, sind bedauerlich, können unsere Kriegsbereitschaft jedoch nicht hemmen, und nicht hindern, unsere Pflicht gegen Volk und Vaterland dauernd zu erfüllen. Unsere Gegner sind zum Frieden noch nicht bereit geworden. Die militärische Situation ist und wird dem Herrn Reichskanzler als ernst und schwer bezeichnet worden, aber er hat auch gesagt, daß wir zu unserer militärischen Leistung, zu Hindenburg, volles Vertrauen haben können. (Beifall.) Der Reichskanzler hat England als den gefährlichsten und berechnendsten Feind bezeichnet. Ich komme ihm zu, dort steht das Feldherrnnetz der Gegner. (Zustimmung.) Ueber den Unterseebootkrieg bestehen gewisse Differenzen, die nicht vertieft werden sollen. Vielleicht macht der Herr Reichskanzler darüber in der Öffentlichkeit einige Mitteilungen. — Italien hat den Österreichischen Vorkriegspakt beim päpstlichen Stuhl befestigt, wogegen dieser mit Recht protestiert hat. Die Handlungsweise Italiens hat die ganze katolische Welt in Erregung versetzt. — Ueber die Neuorientierung hat sich der Reichskanzler nicht so genau ausgesprochen, er hat nur auf die „freie Bahn“ hingewiesen. Gibt das auch für die Rumänen? (Beifall im Zentrum.)

Hr. Scheidemann (Soz.): Die Friedensausichten stehen in diesem Augenblick schlecht, das ist nicht zu bestreiten. Der Krieg kann von uns nicht als Eroberungskrieg, sondern nur als Verteidigungskrieg geführt werden, alle darüber hinausgehenden Pläne erscheinen uns als Wahnsinn. Ich spreche als deutscher Sozialist aus, daß das deutsche Volk den Frieden will, aber das gleiche gilt auch vom französischen und vom russischen Volk. Alles übrige ist Kriegsschwindel. Woher kämpfen denn die Franzosen noch? Die „Befreiung Belgiens“ können sie schon heute haben. Wir geben einen schweren Winter entgegen, die Not droht, aber auch in England, Frankreich und Italien. Europa erlebt jetzt einen Generalstreik der Erzeugenden. Es war ein Fehler, daß man dem Volk von vornherein nicht die volle Wahrheit gesagt hat. Es waren eben nicht genügend Lebensmittel da. Auf dem Kartoffelmarkt muß die Regierung sofort eingreifen. Die Produktion muß planmäßig organisiert werden. Das Brot ist alljährlich durch die Ernte gefährdet. Ich konstatiere auch den vollständigen Zusammenbruch des Belagerungszustandes, der Zensur, die Wahrheit bricht sich doch Bahn.

Von den bedürftigsten Nachmitteln wird meiner Partei gegenüber ein verschwenderischer Gebrauch gemacht. Dr. Franz Mehring, ein 70jähriger Schriftsteller, wird schon lange in militärischer Schutzhaft gehalten. Auf der rechten Seite wird im Dunkel gegen die Regierung gewählt, ein Admiral a. D. wird dem Reichskanzler vor, daß er mit Absicht den Frieden entgegenarbeite. (Hört, hört!) Die famerische Valentin-Schmann-Sache können Sie alle! Die Fronte gegen den Reichskanzler ist gewachsen, weil es von der Neuorientierung gesprochen hat. Fürst Salom-Hortmar hat einen Brief an den Kaiser geschrieben, in dem er auf die Gefahr eines demokratischen Verra hinweist. Seine Leute wollen nur die Klassenherrschaft der oberen Zehntausend. Möge man den Kaiser stürzen, aber hier im Reichstag, nicht im Dunkel. Das Staatschiff darf keinen Zickzacklauf machen, es geht auf Tod und Leben! Man muß dem Volk so viel Brot und Rechte geben, wie nur möglich! Die Organisation der nationalen Verteidigung bis zum Ausbruch kann nur durch eine Volksgesetzgebung durchgeführt werden! Rufen Sie sich auf zu einer großen Tat, das deutsche Volk verdient Vertrauen und Freiheit! Die Bitte von heute kann die Anlage von morgen sein. (Beifall.)

Hr. Baffermann (natlib.): Nachdem wir uns in den Beratungen des Ausschusses bemüht haben, Aufklärung zu erlangen, soll in der heutigen Ausschuss-Sitzung gegeben werden auf die Vorlesungen des Reichskanzlers und seine Rede vom 28. September. Der Reichskanzler hat die erfolgreiche Abwehr aller feindlichen Angriffe, die Durchführung der feindlichen Absichten und das Scheitern der feindlichen Pläne festgestellt. Das Ausland hat die Rede des Reichskanzlers so ausgedeutet, daß ob Deutschland nun einsehe, daß es nur noch darum sich handelt, seine Existenz zu retten. Eine solche Deutung vertritt sich weder mit dem Wortlaut, noch mit dem Sinne der Rede. (Beifall.)

An der Frage der Neuorientierung ist die nationale liberale Fraktion mit unseren Freunden im Lande durchwegs einig. Das geht auch aus unseren Äußerungen hervor. Die Neuorientierung erfordert nicht bloß Reform im Reich, sondern auch in den Bundesstaaten, vor allem in den größten Bundesstaaten, worin wir es unseren Freunden überlassen, wie sie vorsehen wollen. Ich erinnere nur an die Rede Friedbergs bei seinem Parlamentsabtritt. Der Reichskanzler hat die Grenze der Neuorientierung nicht näher umschrieben, aber seine Forderung „freie Bahn für alle Tätigkeiten“ haben wir im Reichstag Jahr für Jahr erhoben. Alle bürokratischen und konfessionellen Schranken müssen fallen. Bureaucratismus müssen wir von den Arbeitern und die Sozialdemokraten befreien. Je länger der Krieg dauert, umso notwendiger ist die Einheit und Geschlossenheit unseres Volkes. Sie besteht, das zeigt das allmähliche Ergebnis der letzten Kriegsanalyse. Die Werbungen spielen in Deutschland. Der Erfolg ist umso größer, als man durch mangelnde Berichte, auch durch Auslands-einflüsse, verliert, die Stimmung im Lande zu prüfen. Mit Recht können wir auf das allmähliche Ergebnis der deutschen Finanzverwaltung in diesem Krieg hinweisen. Einigkeit und Einverständnis unter uns trägt, ist gar nicht bestritten, wenn wir an unser friedliches Heer denken, an unsere friedlichen Heiden, die jeden feindlichen Landes gegen feindliche Uebermacht mit Trommelfeuer verteidigen, die im Sturm ihr tapferes Leben einsetzen, wenn wir denken an unsere friedliche Flotte und schließlich, daß unsere obere Kriegsführung in den Händen eines Hindenburg liegt. Das sind Faktoren, die uns zuversichtlich und flegelbewußt der Zukunft ins Auge sehen lassen. (Lebhafte Beifall.)

Hr. Dr. Naumann (Bsp.): Mit Freude hören wir von der Befreiung Siebenbürgens, von Kronstadt und Hermannstadt durch unsere deutschen und österreichischen Truppen. Die Türkei gibt Zeichen der Lebenskraft, die Bulgaren erringen wohlverdiente Erfolge. Österreich — Ungarn hatte den furchtbaren Anprall des russischen Kolosses auszuhalten, und seine Truppen kämpfen unermüdet an der Front. Möge auch im Frieden der militärische Bund sich wirtschaftlich zusammen schließen! Wir müssen uns noch näher kennen lernen mit unseren Verbündeten. Die Sorgen der benachbarten Nationen müssen auch unsere Sorgen sein. Die beidseitige Frage ist unter dem Gesichtspunkt zu betrachten: Was hätten die Engländer getan, wenn wir nicht eingegriffen wären? England sammelt die Weltmacht um uns herum. Seinem Herrschererbesitz will es „die Weltmacht“ nennen, und die „Kultur“. Nur wir sollen ausgeschlossen sein. Der deutsche Militarismus wird mit Unrecht als Ursprung alles Übels angesehen, ebenso wird Österreich zu Unrecht vorgeworfen, den Fürstentum als Grund zum Krieg ausgemacht zu haben. England spielt mit dem Gedank an Konkurrenz, anläßt das Wort Neutralität deutlich auszusprechen. Wir können auch heute noch bekennen, daß wir ein friedliches Volk sind. (Beifall.) Ganz Mitteleuropa ist trotz des Weltkrieges in diesem nicht direkt bestritten im Gegensatz zu früheren Jahrhunderten. Wir erleben daraus, daß die Weltgeschichte in Deutschland noch etwas vor sich hat. Das deutsche Volk wird bis zum Ende einig zusammen stehen. Es ist eine glatte Unmöglichkeit, daß nach dem Krieges alles so bleibt wie vorher, ja, daß die Kämpfer von heute etwa im Wahlrecht vermindert werden gegen diejenigen, die zurückschließen und ihren Besitz vermehren können. (Bravo!) Das Wort „freie Bahn“ möchte dahin werden, daß die Tätigkeit nicht immer durch Tränen bewiesen wird. Viele haben jetzt im Kriege das Examen des Krieges abgelegt. (Beifall.)

Hr. Graf Westarp (konf.): Auch meine Freunde beklagen tief und schmerzhaft die schweren Verluste in diesem Kriege. Auch sie wünschen kein Ende herbei. Aber der Frieden muß auch so beschaffen sein, daß er dauerhaft und für die Entwicklung des deutschen Volkes segensreich ist. Dem Ziele der sozialdemokratischen Partei könnte man vielleicht zustimmen, nicht aber den Wegen. Herr Scheidemann sagte, die Franzosen könnten es heute haben, daß wir ihren Boden und Belgien räumen. Nein, ich sage, das können sie nicht haben. (Beifall.) Was wir mit dem Blut unserer Truppen errungen haben, halten wir fest. (Zustimmung rechts.) Sie kommen nicht zurück! Wir werden immer neue Schläge gegen alle Feinde führen, namentlich gegen England, das niedergeworfen werden muß mit allen Mitteln!

Wir freuen uns der Erfolge der Juppeline und der Unterseeboote. (Beifall.) Politische Erwägungen dürfen hierbei nicht hinderlich sein. Unsere Kämpfer leisten wir auch keine Hilfe, wenn wir zuviel vom Frieden reden. Bilden wir auf die Standhaftigkeit an der Somme, auf die Erfolge gegen Rumänien. Wäre es nicht richtiger gewesen, von Anfang darauf zu setzen, daß Rumänien seine Bündnispflicht erfüllt? England hat den unerbittlichen Druck auf die Neutralen aus. Sollen wir immer nur Rücksicht üben? Natürlich werden nach dem Frieden neue Aufgaben kommen, aber der Demokratisierung aller unserer Einrichtungen werden wir stets entgegenstehen. — Wir werden die Grundzüge des Staates, die Monarchie mit aller Kraft verteidigen, keine Regierung wird alle Wünsche der Sozialdemokratie erfüllen können. — Ich muß auf einige Angriffe gegen den Großadmiral Tirpitz eingehen, dem vorgeworfen wird, daß wir die Zahl der U-Boote aus zu gering gegeben. Damit wollte man Stimmung in einer gewissen Richtung machen. Ich protestiere aber gegen jede Beschädigung des Herrn Tirpitz, dem wir die Größe unserer Flotte verdanken. (Bravo rechts.) Es ist viel von Kanzerfronden geredet worden. Herr Scheidemann operiert mit Briefen des Fürsten Salom-Hortmar. Was soll man zu dieser Art von Kampfmittel sagen? Es kommt jetzt aber nicht auf Worte, sondern auf Taten an. (Beifall.) Eine solche Tat war die letzte Kriegsanalyse.

Hr. von Holten (Deutsche Fraktion): Die Kriegslage ist natürlich durch den Zutritt Rumäniens nicht leichter geworden, aber unsere Heereführer sind ihr gewachsen. England ist unser härtester Feind, das hat auch der Herr Reichskanzler betont. Es ist auch schuld an unseren Ernährungs-schwierigkeiten, die wir überwinden werden. (Beifall.) Den inneren Reformen können wir uns erst nach der friedlichen Beendigung des Krieges beschäftigen.

Hr. Haase (Soz. V.): Die Sehnsucht nach Frieden nimmt bei allen Vätern zu. Ueberall fragt man sich: Wo zu die Massenbewegungen? Manheiden können nicht länger das Volk täuschen. Keine Widergruppe wird niedergeworfen werden können. Das Widerrecht ist in diesem Kriege in Trümmern gesunken. Alle Gründe, die Graf Westarp angeführt hat, sprechen gegen einen verzögerten U-Bootkrieg. Wir müssen eine Verständigung suchen. Das Schicksal Deutschlands wird geklärt werden, ein übertriebener Ruf nach U-Bootkrieg ist eine Illusion. Von Rumänien darf keine Rede sein. Der Reichskanzler muß mit klaren Worten unsere Friedensbedingungen mitteilen. Die Rolle heißt jetzt: „Wachheit!“ Will man dem Volk Recht und Freiheit geben, so soll man es bald tun! Seit dessen sehen wir harte Zensur und Diktatur. Der „Vorwärts“ wurde verboten wegen eines Artikels „aus der Reihe der Kanzerfronden“; zahlreiche Angehörige der Sozialdemokratie sind verhaftet worden, ohne Angabe eines Grundes. Die Ernährungs-schwierigkeiten sind aufs höchste gestiegen, man bekommt kaum noch Fleisch. Die Geburt der Völker ist nicht unerhöflich.

Hr. Dr. David (Soz.): Der entscheidende Punkt ist der: Soll man auf Grund der jetzigen Kriegslage Frieden schließen oder soll man ihre künftige Gestaltung abwarten? In beiden Gruppen scheitert sich alles. Der Reichskanzler hat schon unsere Bereitwilligkeit zum Frieden erklärt. Am 6. Oktober hat Herr Graf Westarp seine Ansicht, daß uns die unbedingte Annahme der Unterseebootkriege dem Frieden nicht näherbringt. Neben beschäftigt sich dann eingehend mit den Ursachen des Krieges und den darauf bezüglichen diplomatischen Schwierigkeiten. Er betont, für unsere Feinde sei die Hoffnung auf eine Zweiteilung in Deutschland endgültig aufgegeben worden, auch eine Ausweitung sei unmöglich. Die Offensive unserer Gegner breche ebenso zusammen, wie die Verteidigungslinien. Wir wollen einen Frieden, der auch die Interessen der anderen Völker wahr und dauernd ist. (Beifall.)

Am 6. Uhr teilt Präsident Dr. Kaempf mit, daß ein Schlußantrag eingebracht sei. Der Antrag wird angenommen. Die Besprechung ist beendet.

Am 6. Uhr berichtet Herr Stürmer über den „Bertrag!“ Hr. Baffermann (natlib.) muß über den Schlußantrag, der dem Haushaltsausschuss das Recht gibt, zur Beratung von Angelegenheiten der auswärtigen Politik und des Krieges auch während der Vertagung zusammenzutreten.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Donnerstag, 8. Uhr: Kartoffel-Interpellation. — Schluß 8 1/2 Uhr.

U-Bootkrieg und auswärtige Politik im Reichstag.

Wiederholung der Reichstagsverhandlungen.

Immer mehr entfaltet sich, daß die öffentlichen Erörterungen des gegenwärtigen Tagesgeschehens im Reichstag sich auf das allernotwendigste beschränken lassen. Nach dem Schluß des Senatskonvents wird der Reichstag erst am 11. Oktober wieder zusammenkommen und dann dem Haushaltsausschuss, der die Beratungen der Kriegssachen führen soll, eine einstündige, dann eine einwöchentliche, dann für die Beratungen der Kriegssachen lassen. Nach der jetzigen Debatte sollte ursprünglich, nach einem mit 24 gegen 4 Stimmen gefaßten Beschlusse, der U-Bootkrieg mit allen ihm Drum und Dran überaus eingehend behandelt werden, und zwar aus militärischen und politischen, aber auch aus ökonomischen und schließlich aus sozialdemokratischen Gesichtspunkten. Dieser Beschlusse ist jedoch diesem Beschlusse nicht gefolgt und so blieb die „Senatskonferenz“ aus dem Hause — nicht erfüllt. Nach der heutigen Sitzung hat der Reichskanzler aus seinem Platz und neben ihm fast sämtliche Staatssekretäre. Nach ein paar freundliche Worte, der Präsident von Reich und der Reichskanzler waren dabei. Die Reden waren abermals kurz, das Haus hat sich. Eine ganze Zeitlang freilich kam man, dessen wir bedauern, nicht recht auf seine Kosten, ja, ein paar Stunden war das Interesse an den „Ernährungsfragen“ — in den Reparaturarbeiten — schon heute schärflich härter, als das an den Reden können im Haus.

Janak wurde ein neuer Straßenschilderungsantrag zugunsten des Abgeordneten Liebknecht der Geschäftsverteilungskommission übergeben, obwohl Nationalliberale und Konervative eine neue Ausschussberatung nicht mehr für nötig hielten. Die Geschäftsverteilung über die Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages wie des elfenlächeligen Landtages wurden gleich in allen drei Befragungen dem Reichskanzler übergeben. Dann erst folgte die große Debatte über die Kriegspolitik ein, von einem kurzen Bericht des Abgeordneten Baffermann eingeleitet. Der Abgeordnete Spahn, der dann an die Reihe kam, teilte die Suveränität des Reiches und der Obersten Gesetzgebung in unsere militärische Lage, sprach seine Billigung der auswärtigen Politik aus und hoffte, daß das Reichswort von der „freien Bahn für alle Tätigkeiten“ sich auch in vermehrter Konfessioneller Parität verwirklichen werde. Herr Scheidemann unterbrecht auch bei dieser Gelegenheit den Charakter des Verteidigungskrieges. Der Senat unserer Vorgesetzten sei das Schicksal, aber das Reichswort selbst, was erreicht werden könne und müsse. Das Kriegsspiel seiner Partei umreißt er wie folgt: was französisch war, soll französisch bleiben, was deutsch war, deutsch, aber auch was deutsch war deutsch! Schließlich lenkte der Redner die Aufmerksamkeit der Reichstagsleitung auf die Ernährungsfrage, zumal die Kartoffelfrage und schloß dann — ein wenig Marasmus! — mit der Forderung, daß Kern und Ziel der gegenwärtigen Neuorientierung — „Gesamtfriede“ sein müsse. Abgeordneter Baffermann als Redner seiner Partei wandte sich ebenfalls gegen die Zensur. Auch für die Kanzergegnung nahm er in Anspruch, daß sie sich nicht von politischen oder parteipolitischen Gründen, aber auch nicht aus Furcht vor den kommenden Neuorientierungen hielten lassen. Er forderte Tirpitz und wandte sich gegen die Deutung der jüngsten Kanzerrede, als habe Herr von Tirpitz sich einsig auf die Politik beschränkt und jede Anzögerung abgelehnt.

Der Rest der Sitzung brachte dann eine Reihe von politischen und rechtlichen Höhepunkten. Friedrich Naumann war allem vernehmlich, wie kein anderer Redner die Aufmerksamkeit des Hauses zu fesseln, obwohl er mehr als eine volle Stunde sprach. Er schloß nach einem mit dem Idealbild der mittelalterlichen Waffen- und Wirtschaftsgemeinschaft, was nach einem mit dem Idealbild des Krieges und dem Kampf nach dem Schicksal des Reiches. Die Rede des Reichskanzlers, die der Reichstagsleitung mit, bei der es sich nicht um eine Parteilichkeit der alten Ränge, um das Reichswort selbst im Innern handeln dürfe. Schloß nach dem Naumannsche Argument gegen das bisherige Dreiklassenwahlrecht: soll wirklich auch künftig beruhen, der im Kriege dem Vaterlande nur erweist hat, im Nachteil sein gegenüber dem, der während des Krieges verdient hat? In diesen Gedankenkreisläufen trat, wenigstens teilweise, dem sozialistischen Redner Herr Graf Westarp, der konstante Redner, bei, der ihm auf dem Wege folgte, nur daß er, unter verhältnismäßiger Zurückhaltung der anderen Parteien, bei der Neuorientierung unter allen Umständen die Grundzüge der Autokratie und der Disziplin aufrecht erhalten wissen will, die auch zum Siege führt. Graf Westarp ging dann, wenn auch nur ganz kurz, auf den „rassistischen U-Bootkrieg“ ein, ohne den nach seiner Ueberzeugung der Sieg über England nicht errufen werden könne. Gewisse „Zurückhalter“ schätzte er sich von den Reichstagen; umso lebhafter wandte er sich gegen die Zurückhalter, die gegen Tirpitz unternehmen worden seien.

Der letzten Stunde und letzten Minutenstunden sprach dann noch für die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft der Abgeordneten Haase, der im Gegensatz zu Tirpitz der Ansicht ist, der rassistische U-Bootkrieg werde den Kampf nur verzögern und verlängern. Auch dieser letzte Mittel wurde versagen. So bleibt er dabei, daß es in diesem Kampf nicht Sieger und Besiegte gibt und es daher Zeit sei, eine Verständigung zu suchen. Dem Hr. Haase trat sein früherer Fraktionskollege, Dr. David, entgegen: die Friedensschlüsse sind gewiß allgemein, nicht aber die Friedensbereitschaft. Die deutsche Reichsregierung habe, daß müsse man ihr eingeben, die Entschlossenheit bekundet, sofort Frieden zu schließen und nicht erst neue militärische Erfolge abzuwarten. Wer ihr das, wie Haase, unter-schiebe, trage nicht zur Abmilderung von Friedensverhandlungen bei. Zur allgemeinen Ueberzeugung endete um 6 Uhr, d. h. nach siebenstündiger Sitzung, ein Schlußantrag die ganze Debatte, die die man zuerst zwei oder gar drei Tage angenommen hätte. Dem Regierungsschloß wurde überhaupt niemand das Wort erteilt. Von vier, 3 Uhr, Kartoffelinterpellation usw.

Aus der Fortschrittlichen Volkspartei.

Ein Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei für Thüringen ergriffte sich am Sonntag in Jena eines überaus zahlreich besetzten Saales durch Vertreter aus allen in Betracht kommenden Wahlkreisen. Die Ausführungen des Vertreters des Geschäftsstellen-Ausschusses, Hr. Köpff, über die äußere und innere Lage fanden ungeteilte Zustimmung. Hr. Köpff nahm Gelegenheit, auch auf eine Verlesung des nationalsozialistischen Reichstagsbeschlusses Dr. Stresemann in Jena hinzuweisen, wobei dieser die Nationalsozialistischen Thesen darlegte, irgend ein Wahlbündnis mit anderen Parteien abzuschließen. Mit Rücksicht auf das Wahlbündnis, das bei den Wahlen von 1912 nicht nur in Thüringen, sondern fast im ganzen Reich zwischen den Liberalen abgeschlossen war, bezeichnete Hr. Köpff diese Warnung des Hr. Dr. Stresemann als eine Unverständlichkeit. Hr. Köpff konnte hinweisen auf einen am führenden Stelle stehenden Nationalliberalen Thüringens, der ihn ersucht habe, auf dem Parteitag zum Ausdruck zu bringen, daß er die Auffassung Stresemanns nicht teile, sondern ein Zusammengehen des gesamten Liberalismus in Thüringen für die nächsten Reichstagswahlen als notwendig erachte. Hr. Köpff folgte daraus, daß die Ausführungen Stresemanns weder im Auftrag, noch unter Billigung der Nationalliberalen Parteileitung erfolgt seien. Solche Worte aber sollten die Fortschrittliche Volkspartei mahnen, rechtzeitig die Organisation in allen Wahlkreisen auszubauen, um gerüstet zu sein, wenn die nächste Zeit uns Kämpfe im Kampf der Erneuerung der Volkspartei und der freiheitlichen Ausgestaltung im Innern Deutschlands bringe. Solche Zeit sei stets für den entscheidenden Liberalismus günstig, und führe uns neue Wählerkreise zu. Auf Vorschlag des Kammerjägers Herrmann-Sonneberg und des Landtagsabgeordneten Holsheimer wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Fortschrittliche Volkspartei gegen die Reichsleitung, insbesondere gegen den Reichskanzler, auf das schärfste verurteilt werden.

König Otto von Bayern †.

Mit. München, 11. Okt. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: S. M. der König Otto von Bayern ist heute abend 8 Uhr 50 Minuten gestorben. Mit. München, 11. Okt. Ueber das Befinden des Königs Otto wurde der Korrespondenz Hoffmann zufolge bereits folgender Krankheitsbericht ausgegeben: Das Befinden S. M. des Königs Otto hat sich im Laufe des Tages durch Abnahme der Kräfte verschlechtert. Neue Magenblutungen sind nicht aufgetreten, doch gibt die schwache Herztätigkeit Anlaß zu großer Besorgnis. gsg.: von Angerer; Bode; Dr. Rorte.

Die amerikanische Antwort auf den englischen Protest.

H. Haag, 11. Okt. In diplomatischen Kreisen im Haag verlautet, daß der amerikanische Vorkämpfer in London geteilt auf den Protest der englischen Regierung wegen der jüngsten Ereignisse zur See folgende Antwort der Regierung der Vereinigten Staaten übermittelt hat: Der Versuch des Unterseebootes „U. 53“ in Newport bewies die vollkommen innerhalb der völkerrechtlichen Bestimmungen. Die Regierung der Vereinigten Staaten muß aus Gründen der Neutralität ablehnen, Unterseeboote, welche die völkerrechtlichen Bestimmungen beobachten, das Anlaufen der amerikanischen Häfen zu verweigern, gleichgültig, ob es sich um Kriegs- oder Handelsfahrzeuge von kriegführenden oder neutralen Staaten handelt. Die Regierung der Vereinigten Staaten steht auf dem Standpunkt, daß die Tätigkeit der deutschen U-Boote außerhalb der territorialen Gewässer der Vereinigten Staaten eine rein englisch-deutsche Frage ist, welche die Interessen der Vereinigten Staaten zunächst nicht näher berührt. Was sonst die mit der Torpedierung von Schiffen verbundenen Vorfälle umstände angeht, so werde die amerikanische Regierung darüber nachdenken, daß die von der deutschen Regierung gemachten Zusicherungen in Bezug auf die Unterseebootstrategie eingehalten werden.

Vom Tage.

Erzherzog Karl beim Kaiser. Mit. Berlin, 11. Okt. (Amtlich). Der Führer der Heeresgruppe Erzherzog Karl, General der Kavallerie, Erzherzog-Thronfolger Karl Franz Josef, wollte vorgestern zu Besuch bei Seiner Majestät dem Kaiser im Großen Hauptquartier.

Der rumänische Konsul in Patras verhaftet. Frankfurt, a. M., 11. Okt. Eine Depesche des „Journal“ aus Athen bestätigt, laut einer Botschaft Meldung der „F. Z.“, die Verhaftung des rumänischen Konsuls in Patras, welcher der Spionage angeklagt ist. Er wurde an Bord eines französischen Schiffes gebracht.

Die Furcht vor deutschen U-Booten. Berlin, 11. Okt. Die „Times“ meldet, wie der „L. A.“ aus Rotterdam erzählt, aus New York: Rund 20 Schiffe befinden sich in der Nähe der gefährlichen Zone. Man ist sehr besorgt um das Schicksal der „Comameria“ von der Andor-Insel, und des französischen Postdampfers „Epionje“. Beide sollten heute in New York eintreffen. Das erste Schiff hat 600, das zweite etwa 50 Passagiere an Bord.

Amerika lehnt das Bierverbot ab. Mit. Washington, 10. Okt. Der Rat im Staatsdepartement, Volk, hat mitgeteilt, die Vereinigten Staaten lehnten es ab, das Verlangen des Bierverbotes anzunehmen, daß die Neutralen die Benutzung ihrer Häfen allen Unterseebooten und Handelschiffen oder Kriegsschiffen verweigern sollten.

Die Opfer des Donauüberganges der Rumänen. Berlin, 11. Okt. Das Organ des Kriegsministeriums „Assesta“ befragt, wie die D. Z. aus Sofia erzählt, mit dem Schicksal der über die Donau geflohen rumänischen Truppen und bemerkt dazu: Bei Rihovo haben die Rumänen nicht weniger als 12 000 Mann verloren.

Vippisches.

Deimold, 12. Oktober 1916.

Unsere Velden.

Sei stark.

So kam die große, schwere Zeit. Daß alles kleine in Dir groß sein wird, daß über jeder armen Mächtigkeits und doch fest, ganz fest auf dieser Erde. Es wird mit Blut getränkt. Das königliche Reich steht im Lande tiefe reiche Wälder. Sei stark! Es wird auch für Dich genug nach haben, das große Herzen braucht die große Zeit!

Einen recht schweren Verlust hat die Familie des früheren Lehrers Grönert in Schäftlarn, jetzt in Lemgo, erlitten. In dem schweren Ringen um den Sommer ist der einzige Sohn der Familie Grönert, der cand. math. G. n. 8 Grönert, im blühenden Alter von 24 Jahren auf dem Felde der Ehre geblieben.

Vom Auf-Nach-
stehenden Alter von
24 Jahren aus
Lemgo.

Aus Unter-
der Musiker R. a. r.
10. Kompanie, in
Granate ins Jensei-

In die kleine C
die in dem selbigen
Trauerbotschaft ge-
auf dem Felde der
hinausgegangen war
Er erlitt den Selbst-
fester fand in dem
Tat.

In den schweren
der Schiffe A. d. f.
Winter in S. i. b.
2. Klasse.

Dem Gefreiten
für den im Auf-
verliehen.

Das Eiserne K
gärtner aus G.
nammer kämpft im
der 55. er. Im V
mit der Fäustlich

Fürst Leopold
im Gr.

Wir erhielten
Großes S
10,45 Uhr.

Se. Hochfürstl
gen 9 Uhr bei der
ter eingetroffen.
lauchtesten Fürst
Monarchen hatten
in die der Kaiser
infime Ausprache.

Die Zusammen-
im Lande Neuen b
als einen neuen P
dem Lande und se
Danke, den der o
Heldentaten unser

Die Zerstöru
zu Hilfe beehren a
hülle des Vorkampfu
nützigen die ausge
nach hochbedeutend

Die Landw
typischen Betriebe
a. a. d. r. i. b. d. e.
a. a. d. r. i. b. d. e.
Landwirt G. i. a. b.

Krieger: S
tagabende 8 Uhr
Verkehrshaus flott
um vollzähligen

— Sommerf
über das Donau-
altige Lustspiel.
Am Particul. l. d.
die Rede der deut
erschaffen. Anfang
der Einrichtungs

— Ueber erhalt
schänlich übernom
und dabei noch ein
Chmar nicht, die
bat, als irgend ein
ist, daß viele Stüb
noch ist, daß die
wagner durch den
find von den Russ
innen jemand nicht
müssen wieder an
freier, die in der S
durch deutsche Mä
völkerliche die C
nähert getreten we
eine Genossenschaft
frisch die Arbeit be
kannt genug. — D
8 1/2 Uhr ist worn
Vandus zu zahlreich

— Kunstausst
werke müssen wir n
nackte, das Inter
schaffen. — Der B
dann erkrankungsm
Sonntag wird gefe
Verlauf wurde gl
zu wünschen. Die
Ernährungsfragen
immer schärfer ge

— Der 2. L
angekommenen We
Platz. — Die C
in das nach dem
1886. A. vordand
Reichsgaben eing

— Neues H
bietet in „Rüft
Roman von Pier
Die Entführung
Dramen. Eine
überausreichen S
Zugend“ und „C

— Von der
In den letzten
werden, daß die
Zimmer mieten.
schieden zur Pol
Schänke usw. et
Reinigungsman
Die hiesigen a
fam gemacht.

— Diebstahl
dem Eigentümer
dem Wohnhaus
werden. Im Em
erlaubt.

— Diebstahl
aus Deimold, geb
verloren geht. H
Diebstahl von
— Diebstahl

In jeder Menge
sich.

